280

asta information

Johann Wolfgang Goethe-Universität

Januar 1968 - Nr. 18

»An alle«

Die Situation der westdeutschen Universitäten ist heute nicht mehr nur dadurch gekennzeichnet, daß deren Etats – in völliger Verkennung der Bedeutung der Wissenschaften im 20. Jahrhundert – entschieden zu knapp bemessen sind. Dies manifestiert sich in überfüllten Seminaren, unbesetzten Lehrstühlen, unübersichtlichen Studiengängen, unzulänglich ausgestatteten Bibliotheken etc. und der Entlassung der Hiwis. Sieht man die Hochschulmisere jedoch nur in diesen „Zuständen", so wird die Problemlage der Hochschulen nur teilweise erfaßt. Vielmehr stehen die Universitäten bei der heute notwendig gewordenen Reform vor der Alternative zwischen FORMIERTER und KRITISCHER UNIVERSITÄT, bzw. zwischen repressiver und demokratischer Studienorganisation.

Studenten haben ein Recht an Sicherheit und Erfolg in ihrer künftigen beruflichen Entwicklung, sie haben ein unmittelbares Interesse an einem lebendigen und ökonomisch organisierten Studium, unter Vermeidung sinnloser und unproduktiver Arbeit, und sie haben ein Interesse an der Erhaltung ihrer persönlichen Freiheit und der politischen Grundrechte gegen staatliche und administrative Übergriffe und sozialen Druck.

Beruflicher Erfolg und Sicherheit sind bedroht durch die unzureichenden Studieninhalte und Lernmethoden, durch die Unsicherheit, ob unter den unzulänglichen finanziellen Verhältnissen und Arbeitsbedingungen das Studium überhaupt zu Ende geführt werden kann; durch die sinnlose sachfremde Verlängerung des Studiums.

Persönliche Freiheit und Grundrechte sind unter anderem auch dadurch bedroht, daß die Universität es unterläßt, den Bezug zur Gesellschaft zu reflektieren. Die einzelnen Wissenschaften unterlassen es, ihre politischen und sozialen Parteinahmen, die ihnen meist unbewußt bleiben, zu analysieren und zu überprüfen, ob diese im Interesse einer sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie liegen.

Die reaktionären Tendenzen zur FORMIERTEN UNIVERSITÄT zielen auf eine Lösung der Hochschulmisere zu Lasten der Studentenschaft und der unterpriviligiert und total abhängigen Teile des Lehrkörpers (Assistenten) ab. Durch Straffung des Studienganges nach willkürlichen und unerprobten Prinzipien soll Abhilfe geschaffen werden. Wer sich dem verordneten Reglement nicht einfügt, muß mit der zwangsweisen Exmatrikulation rechnen. Das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit soll durch den Numerus clausus weiterhin beschnitten werden. Die realen Ursachen der Hochschulmisere – unzureichende Finanzierung, anachronistische Oligarchie der Lehrstuhlinhaber; verfehlte und kurzsichtige Bildungspolitik; sowie die schwierige soziale Lage der Studenten – werden außer Acht gelassen. Überlegungen über das Selbstverständnis der Wissenschaften in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft werden erst gar nicht angestellt. Das legitime Interesse der Studentenschaft an einer Mitbestimmung über die Finanzverteilung (Es sei nur an die Entlassung der HIWIS erinnert), Rationalisierung und Hochschulreform, Studieninhalte und Prüfungsordnungen wird von der Rektorenkonferenz wie folgt diffamiert:

„Auf die Öffentlichkeit haben in dieser Zeit radikale Studentengruppen mit der Forderung nach einer egalitären Beteiligung an der Universitäts-Selbstverwaltung Eindruck gemacht. ... Eine Untersuchung der Rektorenkonferenz über die Vorgänge an in- und ausländischen Hochschulen habe ergeben, daß es das Ziel der Provakation sei, durch Lähmung des Universitätsbetriebes, durch die Vernichtung der Freiheit von Forschung und Lehre, die Zerstörung von Organen der Kooperation in der Universität und rechtsstaatlicher Normen nichts weniger als den gesellschaftlichen Umsturz einzuleiten. Es handele sich um egalitäre, plebiszitäre Bewegungen. Die Provokationen würden nicht von materieller Not, sondern vom Überdruß an der Wohlstandsgesellschaft getragen," (FAZ, 10. 1. 1968)

In den Godesberger Leitsätzen für die „Reform" der inneren Struktur wird nichts anderes gefordert", als die Bestätigung vorhandener Rechte und Privilegien." (FAZ, 10. 1. 1968)

Die Verteidigung der anachronistischen Oligarchie der Lehrstuhlinhaber ist daher auch das einzige Problem, daß der Senatsentwurf für eine Universitätssatzung der Johann Wolfgang Goethe Universität wirklich löst.

- Keine Präambel über das Selbstverständnis der Wissenschaften in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft.
- Keine Ablösung der überholten Fakultätsstruktur.
- Keine inhaltlichen Forderungen an den Universitätsunterricht, dafür aber zwangsweise Exmatrikulation und Ausschluß vom Studium wegen ungenügender Leistungen.
- Kein Disziplinarrecht für alle „akademischen Bürger", wohl aber für Studenten; Beamtenrecht nicht fixiert.
- Keine Mitbestimmung der Studentenschaft an ihrem Arbeitsplatz im Institut, Seminar, Klinik ...
- Optische Beteiligung der Studenten in den höheren Organen zur demokratischen Zier.
- ...

Das für Ende Januar geplante satzungsgebende Konzil hat 405 Mitglieder, obwohl selbst der Ordinarienentwurf zugibt, daß die Frage zu stellen ist, „ob das Konzil bei dieser Größe noch arbeitsfähig und überschaubar bleibt oder ob es nicht angebracht ist, die Zahl der Konzilsmitglieder auf die Weise zu beschränken, daß alle Gruppen einschließlich der Ordinarien nur noch eine begrenzte Zahl von Vertretern entsenden."

Da eine Auswahl unter den Ordinarien der erste Schritt eines Abbaues ihrer Macht kraft Lehrstuhls bedeutet, unterbleibt dies folgerichtig.

Aus der Not der großen Zahl wird für die Oligarchie der Ordinarien im gegenwärtigen Zeitpunkt der Auseinandersetzungen um eine studentische Mitbestimmung sogar eine Tugend. Ein derart großes Gremium kann nur eine schon vollzogene Willensbildung bestätigen oder verwerfen. Die Willensbildung der Ordinarien hat sich im Senatsentwurf niedergeschlagen, die Mehrheit auf der Konzilssitzung ist für die Grundstruktur gesichert, kleine Abänderun-

(Fortsetzung Seite 3)

Die Diktatur der radikalen Minderheit ist die Diktatur der anachronistischen Oligarchie der Lehrstuhlinhaber

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Einsatz neuester Modelle

FAHRSCHULE POHL
6 Frankfurt/M. · 1 Minute von der Uni
Bockenheimer Landstraße 113
Telefon 77 91 40

Die Fahrschule der Studenten

LUISE POLLINGER

Papier · Bürobedarf · Drucksachen
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen in Miete
– Mietkauf –

KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Feinpapiere · Geschenke · Büro-, Zeichen- und Schulartikel

FRANKFURT AM MAIN, BOCKENHEIMER LANDSTRASSE 131 u. 133
Selbstbedienung Bockenheimer Landstr. 133 · Fernruf 77 55 89 · 77 63 77

PETER NAACHER

FRANKFURT am MAIN · Steinweg 3 · Ruf 28 76 41
Universitätssortiment: Bockenheimer Landstraße 133
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Bücher für Ihr Studium
Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Der Neue ist endlich da!

Das Pkw-Referat ist endlich im Besitz des vielgepriesenen neuen VW-Busses. Das VW-Werk hält Wort, denn der Neue ist nicht wiederzukennen. Durch die neue Vorder- und Hinterachse ist die Straßenlage einmalig, alle Straßenlöcher werden geschluckt, man hat mehr Platz, man kann von der vorderen Sitzbank direkt in den Laderaum gelangen, Fahrer und Beifahrer haben mehr Beinfreiheit, das Armaturenbrett fast wie bei Mercedes. Dieser Wagen ist der ideale Ferienwagen, durch die acht Plätze minimale Kosten. Überzeugen Sie sich und mieten Sie den Bus für Ihre Ferienreisen — Sie werden es nicht bereuen.

Winterreifen, Schneeketten, auf Wunsch Dachgepäckträger. Pro km 24 Pfg, ohne Benzin, keine Grundgebühren, es müssen nur pro Tag 100 km gefahren werden, die voll verrechnet werden.

Der altbewährte AStA-Umzugsbus ist ein halbes Jahr alt. Innen mit Hartfaserplatten ausgeschlagen, eignet er sich vorzüglich für alle Kleintransporte. Dachgepäckträger, Winterreifen, 24 Pfg pro km, ohne Benzin, 100 km pro Tag Mindestabnahme, die voll verrechnet werden.

Für Kleinumzüge folgende Pauschalen: ½ Tag bis 50 km 16,— DM — bis 75 km 24,— DM. Die Pauschalpreise enthalten das Benzin. Der Kunde braucht nicht zu tanken. Über 100 km gilt der Tarif ohne Benzin.

Auch der neue Super-Käfer gehört zum Fahrzeugpark des AStA. Baujahr Dezember 1967, daher noch ganz neu, Radio, Sicherheitsgurte, Winterreifen! 18 Pfg. pro km, ohne Benzin, 100 km Mindestabnahme pro Tag, die voll verrechnet werden, sonst keine Grundgebühren.

Alle Wagen sind Insassen-Unfall versichert, Vollkasko mit Selbstbeteiligung.

Planen Sie Ihre Fahrten und Ferien mit Fahrzeugen des AStA, der Pkw-Referent wird Sie gern beraten.

Altkunden werden feststellen, daß die Preise erhöht wurden. Leider ließ sich eine Anhebung der Tarife nicht vermeiden, da der AStA neuerdings 10 % Umsatzsteuer zahlen muß, sowie eine Investitionssteuer von 8 % auf die Fahrzeuge in Anwendung kommt.

Übrigens: Bestellen Sie die Wagen möglichst früh — wer zuerst kommt, mahlt zuerst.

Sprechstunden: Montags und freitags von 13.15 bis 13.45 Uhr im AStA-Zimmer 12.

Telefonische Bestellungen werden nicht berücksichtigt. PKW Referat

MARILYN MONROE WOCHE

Wie schon im vergangenen Jahr veranstaltet das FILMSTUDIO auch diesmal wieder eine Retrospektive. Sie ist der Schauspielerin Marilyn Monroe gewidmet und läuft vom 29. 1. bis zum 2. 2. In dieser Woche werden zehn Filme gezeigt, die in irgendeiner Form für die Karriere der Monroe wichtig waren. Dazu wird eine etwa 80-seitige Dokumentation herauskommen, die ab 29. 1. an der Kasse des FILMSTUDIO für DM 1,50 zu haben ist. (Programm S. 10)

Wir weisen außerdem darauf hin, daß im Rahmen des Schmalfilmkurses des FILMSTUDIO fünf ca. achtminütige Filme hergestellt wurden, die sich ebenfalls mit dem Thema MM beschäftigen.

Diese Filme laufen bereits seit dem 8. 1. im Vorprogramm der Vorstellungen des FILMSTUDIO.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

281

(Fortsetzung von Seite 1)
gen erhöhen nur den demokratischen Schein.
Um bei 405 Mitgliedern zu Abstimmungsergebnissen zu kommen, muß durch rigorose Handhabung der Geschäftsordnung verfahren werden. (Schluß der Rednerliste, Schluß der Debatte, Abstimmung). Eine Willensbildung, die jeden einzelnen Paragraphen berücksichtigt, ihn einer kritischen Diskussion würdigt, ist unmöglich.
Eine demokratische Alternative zu diesem geplanten Schnellverfahren könnte folgendes Verfahren sein:

(1) Das satzungsgebende Konzil verabschiedet die Satzung in drei Lesungen, die jeweils mindestens eine Woche auseinanderliegen.
(2) In der ersten Lesung findet eine Generaldebatte statt, die u. a. sich mit folgenden Themen beschäftigt:
   a) Aufgabe der Universität in Staat und Gesellschaft (Präambel).
   b) Struktureller Aufbau der Universität (Abbau oder Erhaltung der Fakultätsstruktur; Kooperation gleichartiger Institute, ...).
   c) Einmannherrschaft im Institut, Seminar, Klinik ... oder Kollegialsystem.
   d) Beteiligung von Studenten und Assistenten auf allen Ebenen der Universitätsgliederung an der Entscheidung über Finanzen, Hochschulreform, Studieninhalte, Prüfungsordnungen ...
   e) Inhaltliche Forderungen für den Universitätsunterricht.
   f) Zwangsexmatrikulation und Studienausschluß.
   g) Disziplinarrecht nur für Studenten?
   h) ...
(3) Nach der Debatte über die einzelnen Punkte werden jeweils Konzilsausschüsse gewählt, in denen alle Gruppen angemessen vertreten sind. Diese Ausschüsse tagen an verschiedenen Tagen öffentlich in einem großen Hörsaal und legen der nächsten Konzilssitzung einen Mehrheits- und einen Minderheitsentwurf vor.
(4) Die Ausschußvorlagen bilden die Grundlage für die zweite Lesung.
(5) usw.

An Stelle der Generaldebatte der Konzilsmitglieder ist vom Senat (Interessenvertretung der Ordinarien) daran gedacht am 16. 1. in 2½ (in Worten zweieinhalb) Stunden ein streng reglementiertes Gespräch zwischen Senat und Parlament der Studentenschaft zu führen. Da die Nichthabilitierten ihre Interessen bisher weniger stark vertreten, sind sie gar nicht als Gruppe in diese Debatte eingeplant.
Die gleiche Strategie der vorgeblichen Diskussionsbereitschaft zeigt sich auch bei den geplanten „Studentenfragestunden". Die FAZ meint dazu am 8. 1. 1968: „Bei näherem Betrachten stellt sich aber heraus, daß Fragen eine Woche vorher schriftlich eingereicht werden müssen. Woher sollen die Studenten dann den Stoff zum Fragen haben — aus Zufällen oder Gerüchten? Besser wäre es, die Rektoren gäben offen und großzügig Auskunft über alle mit ihren Kollegen besprochenen Projekte. Danach erst sind Fragen sinnvoll."
Die Willensbildung der Ordinarien hat jedoch schon stattgefunden, die Leitsätze für die „Reform" der inneren Struktur beinhalten nichts außer der absoluten Sicherung ihrer eigenen Machtposition. Diese und nur diese Aufgabe löst der vorgelegte Ordinarienentwurf in geradezu vorbildlicher Weise.
Die Machtbasis des Ordinarius liegt in der Verfügungsgewalt über:

a) den Institutshaushalt,
b) Arbeit und Einsatz des wissenschaftlichen Personals,
c) Auswahl der Art, Richtung und der Auftraggeber der Forschung.

§ 66 des Ordinarienentwurfes lautet daher:
(1) „Die Direktoren sind für die Erhaltung und die wissenschaftliche Benutzung der ihnen unterstehenden Anstalten verantwortlich. Sie sind Vorgesetzte der in der Anstalt tätigen Wissenschaftlichen Mitarbeiter und der sonstigen in der Anstalt tätigen Beamten, Angestellten und Arbeiter."

Der Machtanspruch ist deutlich formuliert; sie sind VORGESETZTE DER IHNEN UNTERSTEHENDEN ANSTALTEN.
Die Verschleierung und Behauptung des Machtanspruchs wird in folgendem Begründungsschema sichtbar: Demokratisierbar sind beispielsweise Verwaltung, Betrieb, Aufstellung von Plänen usw., nicht aber der geistige Inhalt von Forschung und Lehre. Kann man etwa Wahrheit durch Mehrheitsbeschluß feststellen?
§ 66 (2) lautet:
„Die Direktoren erlassen für die Verwaltung und Benutzung der ihnen unterstellten Anstalten eine Verwaltungs- und Benutzungsordnung; der Kanzler ist vorher zu hören. Die Verwaltungs- und Benutzungsordnung ist dem Senat und dem Verwaltungsrat mitzuteilen. Das gleiche gilt für die Abänderung bestehender Verwaltungs- und Benutzungsordnungen."
Mit den Absätzen (2) und (3) des § 66 ist die absolute Macht der Ordinarien gesichert.
Zur demokratischen Fassade gehört der dritte Abschnitt:
(3) „Bei dem Erlaß oder der Abänderung einer Verwaltungs- oder Benutzungsordnung wirken die Versammlungen der Nichtordinarien und Nichthabilitierten sowie die Universitätslehrer und Wissenschaftlichen Mitarbeiter mit, die in den Anstalten tätig sind. Der Kanzler ist vor dem Erlaß zu hören. Ferner ist der zuständige Fachschaftsleiter der Studentenschaft zu den Bestimmungen zu hören, welche die Benutzung der Anstalten durch die Studenten regeln."

Das Mitbestimmungsrecht der Fachschaften, die von den Rektoren so gern als sachverständiges Gremium dem politisch reflektierten Parlament der Studentenschaft „vorgezogen" werden, ist 0 % (NULL!). Sie haben noch nicht einmal das Recht zu allen Punkten der Verwaltungs- oder Benutzungsordnung gehört zu werden. Da man den Wissenschaftlichen Mitarbeitern nicht so deutlich sagen kann, daß ihr Mitbestimmungsrecht ebenfalls null Prozent beträgt, wird dies durch den Begriff Mitwirkung verschleiert. Sie haben in der Praxis das Recht ihrem weisungsgebenden, alleinverantwortlichen Vorgesetzten diesem genehme Vorschläge zu unterbreiten. Es ist von Provokation die Rede, wenn die Studentenschaft das „großmütige" Angebot des Konzils auf eine 20 %ige Beteiligung der Studentenschaft am satzungsgebenden Konzil ablehnt. Der Öffentlichkeit wird das Bild einer Studentenschaft suggeriert, die aus Übermut an der Wohlstandsgesellschaft randaliert. Verschwiegen wird, daß die von den Ordinarien vorgesehene satzungsmäßig garantierte Mitbestimmungsquote an den Instituten, Seminaren, Kliniken ... NULL PROZENT beträgt.
DIE DIKTATUR DER RADIKALEN MINDERHEIT IST DIE DIKTATUR DER ANACHRONISTISCHEN OLIGARCHIE DER LEHRSTUHLINHABER.

Kursbuch II 1968

Revolution in Lateinamerika

Peter Weiss: Che Guevara

Imperialismus und kapitalistische Entwicklung in Lateinamerika

Der bewaffnete Aufstand

Internationaler Kontext: China, Kuba, Vietnam

Interview mit Douglas Bravo

Fidel Castro: Rede vom 13. Mai 1967

Antwort der Kommunistischen Partei Venezuelas

Dossier: Lateinamerikanische Annalen

Hans Magnus Enzensberger: Berliner Gemeinplätze:

Suhrkamp

Anzusehen ab Anfang Februar im Taschenbuchladen im Studentenhaus Jügelstr. 1

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

DISKUS

Frankfurter

Studentenzeitung

Heft 1/2, 1968

erscheint

Ende Januar

Kennen Sie das

NORGE-Zentrum?

Nur 2 Minuten von unseren Hörsaalgebäuden entfernt

Ecke Gräf- / Robert-Mayer-Straße

die Selbstbedienungs-Reinigung und -Wäscherei

PREISWERT UND GUT

Anzug	DM 4,—
leichter Mantel	DM 3,90
Wintermantel	DM 4,40
Hose oder Rock	DM 1,60
Sakko	DM 2,40
Kleid	DM 2,20
Kostüm	DM 4,—
Bluse	DM 1,—
Pulli	DM 1,30
Pulli ohne Arm	DM 0,90
Sportpullover	DM 2,—
Kissenplatte	DM 0,70

Morgens gebracht – Abends abgeholt!

Der Mediziner

kauft seine Bücher und Zeitschriften bei

Johannes Alt seit 1868

Buchhandlung und Antiquariat für Medizin

6 Frankfurt S 10, Gartenstr. 134
Nähe Universitätskliniken
Tel. (Ffm 06 11) 61 29 93 und 61 37 74

- Reichhaltiges Lager aller Lehrbücher und Kompendien
- Günstige Antiquariats-Angebote
- Medizinische Wochenschriften im Studentenabonnement

Ein Besuch bei mir lohnt sich immer

Offener Brief des Studentenparlaments an den Rektor

Ew. Magnifizenz,

die Präzisierung Ihrer „Einladung zu einer gemeinsamen Sitzung von Studentenparlament und Senat" vom 4. 1. 1968 verdeutlicht die Unfähigkeit der Universitätsadministration, sachgerecht auf die Forderungen zu reagieren, die in den letzten Wochen und Monaten auf studentischen Veranstaltungen und Aktionen erhoben wurden.

Nachdem der Senat auf diesen Veranstaltungen mehrfach von der Studentenschaft zu öffentlichen Diskussionen eingeladen worden war, diese Einladungen jedoch stets ignorierte, folgte nun ein Gegenangebot, dessen Auflagen eine demokratische rationale Diskussion von vornherein unmöglich machen müssen. Die Minimalbedingungen, die Voraussetzung einer solchen Diskussion sind, hat das Studentenparlament Ihnen durch den AStA darlegen lassen:

1. Öffentlichkeit, d. h. die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme an der Diskussion für alle an Hochschulreformfragen interessierten Hochschulangehörigen; deshalb
2. die selbstverständliche Beteiligung des sog. Mittelbaues analog den Vorstellungen des Studentenparlaments über eine paritätische Besetzung der akademischen Gremien, sowie
3. Ausfall aller Lehrveranstaltungen für die Zeit der Diskussion, um allen Interessierten die Teilnahme an der Diskussion zu ermöglichen.

Diese Voraussetzungen, die zum ersten Mal so etwas wie einen demokratischen Willensbildungsprozeß auf b e i d e n Seiten zur Folge haben könnten, sind nicht nur inhaltlich unbegründet von Ihnen abgelehnt worden, sondern vom Senat mit Auflagen beantwortet worden, deren antidemokratisch-autoritärer Charakter sich unverhüllt in dem Satz Professor Wiethölters manifestiert, es müsse „normativ" festgelegt werden, wie eine Diskussion sich „abwickeln soll".

Die in Ihrem Vorschlag implizierte Manipulation der Öffentlichkeit, rigide Festsetzung der Diskussionszeit sowie die inhaltliche Beschränkung der Diskussionsthemen lassen die Voraussetzung einer demokratischen Hochschulreform, nämlich die Selbstreflexion der Universität auf ihre veränderte gesellschaftliche Stellung, die diese Reform überhaupt erst notwendig macht, völlig außer acht. Dies führt der Studentenschaft einmal mehr vor Augen, daß der Senat berechtigte Angst hat, seine Vorstellungen zur Umstrukturierung der Hochschule einer öffentlichen Kritik auszusetzen.

AStA und Studentenparlament müssen es ablehnen, sich von Ihnen zu Erfüllungsgehilfen dieser Manipulation degradieren zu lassen, würden sie nicht den ihnen von der Studentenschaft übertragenen Auftrag in grober Weise verletzen.

Sie, Magnifizenz, haben durch von Ihnen verordnete administrative Gewaltmaßnahmen den Boden gemeinsamer Diskussionen verlassen. Sie haben einen Ihnen politisch mißliebigen Studentenverband suspendiert und sich damit auf die Ebene der politischen Praxis totalitärer Regimes begeben, die darauf angewiesen sind, durch administrative Maßnahmen den Gegner mundtot zu machen, indem Sie gewaltlose Protestaktionen als terroristisch verleumdeten und gegen acht Universitätsangehörige, die das demokratische Recht nach Öffentlichkeit entscheidungsbefugter Gremien geltend machten, Strafantrag gestellt haben.

Sie und der Senat müssen eine Konfrontation mit der studentischen Öffentlichkeit fürchten, solange das primäre Interesse dieser Universitätsadministration allein die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaftsposition ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Peter Klein (Parlamentspräsident)

Dieser Brief wurde vom Hochschulausschuß im Auftrag des Studentenparlaments konzipiert. In seinem Namen schicke ich diesen Brief an Sie.

asta information
Erscheint monatlich während des Semesters in 6000 Exemplaren
Herausgegeben vom Öffentlichkeitsausschuß des Studentenparlaments: Hedelore Astheimer (GEW), Ulrich Möllenstedt (SHB), Kirsten Thümmel (SDS), Michael H. Wolf (AFS), Gert Francke (med.)
Redaktion: Jochen Noll (Pressereferent)
Verantwortlich für den Inhalt: der Herausgeber
Anschrift der Redaktion: Frankfurt am Main, Jügelstraße 1, Telefon 77 75 75
Anzeigen: Werner Dömming
Gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber dar
Druck: H. G. Gachet & Co., Langen

Ein preiswertes Angebot unserer Schreibwarenabteilung

Ringbuch DIN A 4 mit Einlage	**2,95 DM**
Ringbuch DIN A 5 mit Einlage	**1,25 DM**
Einlagen DIN A 4 50 Blatt	**0,75 DM**
Einlagen DIN A 5 100 Blatt	**0,65 DM**
Schreibmaschinenpapier 100 Blatt	**1,25 DM**
Füllhalter Pelikano	**7,90 DM**
Kugelschreiber Metallspitze und Clip	**1,— DM**

KAUFHAUS West

Frankfurt/Main-West
Leipziger Straße 51
Tel.-Sa.-Nr. 77 30 57
wenige Minuten von der Universität

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

282

Der „gerechte Zorn" des Herrn Henkel

Denunziation „sicherheitshalber"

Am 20. November 1967 veranstaltete der SDS sein Go-in in die Vorlesung von Prof. Dr. Carlo Schmid. Da diese Aktion vorher angekündigt worden war, erschienen auch einige Professoren und Assistenten, um zu sehen, was sich da eigentlich abspielen sollte. Unter ihnen befand sich auch Herr Henkel (Assistent am Seminar für Didaktik der Geschichte und Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Hochschulgemeinschaft), der – nach eigener Aussage – das Verhalten des SDS von Minute zu Minute mit steigender Wut beobachtete. Er kam zu dem Ergebnis, daß keiner der Teilnehmer an diesem Go-in straflos bleiben dürfe, denn „man kann nicht warten, bis ein Professor zusammengeschlagen wird."

Erfüllt mit gerechtem Zorn war Herr Henkel bereit, sein Möglichstes zu tun, damit keiner der Beteiligten seiner gerechten Bestrafung entgeht. Als er gesprächsweise die Namen von Studenten erfuhr, die angeblich an dem Go-in teilgenommen haben sollten, hielt er es für seine Pflicht, dem Justitiar der Universität „sicherheitshalber" diese Namen mitzuteilen, ohne sich vorher zu vergewissern, ob seine Information überhaupt zutraf. Anscheinend handelte er nach dem Motto: Besser einen Unschuldigen mehr bestrafen, als einen Rebellen laufen lassen. Peinlich für Herrn Henkel ist nur, daß sich nachweislich einer der Beschuldigten zu der fraglichen Zeit nicht einmal auf dem Gelände der Universität aufhielt!

Mit der Behauptung, er habe nur Vermutungen gehört und auch nur Vermutungen weitergegeben, versuchte sich Herr Henkel aus der Affäre zu ziehen. „Mit Schrecken" bemerkte er aber dann, daß auf Grund seiner Mitteilungen Disziplinarverfahren eröffnet worden waren. Da außerdem der zu Unrecht Beschuldigte dem Justitiar, der sich weigerte, seinen Informanten zu nennen, mit einer Verleumdungsklage drohte, entschuldigte sich Herr Henkel in einem Brief an den angezeigten Studenten und bekundete, er werde alles unternehmen, um die Einstellung des Disziplinarverfahrens zu erwirken. Er habe einige Angaben, die „zur gerichtlichen Verfolgung der Täter notwendig seien" gegenüber dem Justitiar der Universität, Assessor Riehn, gemacht und dabei auch den Namen dieses Studenten genannt, „von dem ich gesprächsweise gehört hatte, daß er an dem Go-in teilgenommen haben soll". Diese Mitteilung sollte aber nur eine Anregung sein, den Studenten zu den Ereignissen zu befragen.

Dieser Vorfall erregte Aufsehen und rief Bestürzung nicht nur bei den Studenten, sondern auch bei Assistenten und Professoren hervor. Auf einer Vollversammlung der Gruppe der Nichthabilitierten der Abteilung für Erziehungswissenschaften wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Zu dem Vorfall, daß ein Mitglied der Nichthabilitierten der Abteilung für Erziehungswissenschaften Studenten, die am Go-in bei Prof. Dr. Carlo Schmid teilgenommen haben, in der Rektoratsverwaltung namentlich bekanntgemacht hat, nimmt die Versammlung der Nichthabilitierten der Abteilung für Erziehungswissenschaften vom 18. 12. 1967 in folgender Weise Stellung:

1. Die Anwesenden distanzieren sich von dem Verhalten dieses Kollegen.
2. Die Anwesenden halten die Atmosphäre, in der ein solches Vorgehen möglich ist, für unerträglich. Das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Lehrenden und Studenten erscheint unter solchen Gegebenheiten nicht mehr gewährleistet."

Am 19. 12. 1967 gab der Rat der Abteilung für Erziehungswissenschaften auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Kuhn folgende Erklärung zu dem Verhalten des Herrn Henkel ab:

„Im Zusammenhang mit dem Go-in des SDS in die Vorlesung von Prof. Dr. Carlo Schmid am 20. November 1967 hat ein pädagogischer Mitarbeiter der AfE zwei AfE-Studenten wegen angeblicher Teilnahme an diesem Go-in beim Rechtssachbearbeiter des Rektorats angezeigt.

Keiner der beiden Studenten hat am Go-in selber teilgenommen. Der eine Student hat sich in der fraglichen Zeit nicht einmal in den Räumen der Universität aufgehalten. Der Rat der AfE bedauert die Handlungsweise jenes pädagogischen Mitarbeiters und verurteilt derartige Praktiken, die das Vertrauensverhältnis zwischen Studenten und Dozenten untergraben."

Ein Zusatz von Herrn Prof. Dr. Kuhn zu dieser Erklärung, daß der Rat der AfE dem zuständigen Seminardirektor, nämlich Herrn Prof. Dr. Freyh, empfehlen solle, auf Herrn Henkel dahingehend einzuwirken, daß dieser eine andere Tätigkeit suchen solle, fand im Rat seltsamerweise keine Mehrheit.

Ein pädagogischer Mitarbeiter, der in so eklatanter Weise die ohnehin gespannte Atmosphäre in der Universität verschlechtert und Studenten so leichtfertig denunziert, dürfte auch für einen Professor, der das Go-in mißbilligt, als Mitarbeiter nicht mehr tragbar sein. Es ist schon schlimm genug, daß Herr Henkel, falls er wider Erwarten doch die Konsequenzen aus dem ihm entgegengebrachten Mißtrauen ziehen und in den Schuldienst zurückkehren sollte, dann dort Kinder unterrichten und erziehen dürfte.

Auch das Studentenparlament äußerte sein Bestürzen über das Verhalten des Herrn Henkel, indem es folgenden Antrag der GEW-Studentengruppe einstimmig billigte:

„Das Studentenparlament verurteilt die Denunzierung von Beteiligten und Unbeteiligten am Go-in bei Prof. Carlo Schmid durch den pädagogischen Mitarbeiter am Seminar für Didaktik der Geschichte Herrn Henkel. Das Parlament verlangt, daß sämtliche Akten, die auf Grund solcher Praktiken angelegt wurden, unverzüglich dem AStA übergeben werden.

Der AStA soll mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinwirken, daß Herr Henkel sich um eine andere Stellung außerhalb der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität bemüht."

Es bleibt zu hoffen, daß sich ähnliche Vorfälle in Zukunft nicht wiederholen, damit in der Studentenschaft nicht der Eindruck entsteht, daß die Universitätsverwaltung versucht, durch Verwertung unbewiesener Behauptungen unliebsame Studenten einzuschüchtern und notfalls von der Universität zu entfernen, denn eine Atmosphäre des Mißtrauens könnte jeden Versuch zu einem Gespräch zwischen Studenten und Dozenten im Keime ersticken und die Demokratisierung der Hochschule auf Jahre hinaus verhindern.

Hedelore Astheimer

Podiumsdiskussion über die Godesberger Erklärung zur Hochschulreform

Mittwoch, den 17. 1. 1967, 20.00 Uhr, Hörsaal VI

Teilnehmer: Ruegg, Bernhard, Hirsch
Thelen, Streeck, Wetzel
Diskussionsleiter: Birkholz

AfE-Vollversammlung

Für den 17. 1. 1968 haben die kommissarischen Fachschaftsvertreter der AfE eine ordentliche Vollversammlung aller Studenten an der Abteilung für Erziehungswissenschaften einberufen (Ort: Hörsaal V).

Diskussionspunkte:

1. Bericht über die gegenwärtige Situation an der AfE.
2. Das Problem der Mitbestimmung.
3. Öffentlichkeitsprinzip und die damit verbundenen Absichten.
4. Schule und Universität als Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse.
5. Die seltsame Stellung der AfE an der Universität.
6. Einheit von Forschung und Lehre als besondere Notwendigkeit für die Lehrerbildung.
7. Schülerbericht über die Situation an der Schule.
8. Resolutionen.

In seiner Sitzung am 9. 1. 1968 hat der Rat der AfE die Einladung der Studenten zu dieser Vollversammlung angenommen und beschlossen, während dieser Zeit – ebenso wie während der geplanten öffentlichen Ratssitzung am 23. 1. 1968 um 16 Uhr (ebenfalls Hörsaal V) sämtliche Vorlesungen der Abteilung ausfallen zu lassen, um allen interessierten Studenten die Gelegenheit zu geben, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen.

Die Studentenvertreter begrüßen diesen Schritt der Professorenschaft als Versuch, ein sachliches Gespräch zwischen Lehrenden und Lernenden zu beginnen.

HA

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Veranstaltungskalende

Lippmann + Rau Veranstaltungen

Freitag, 26. Januar 1968, 20 Uhr, Jahrhunderthalle Höchst
Lippmann + Rau present:
Blues is King – King is Soul

B. B. King + Band + Miss Lu Elliott

Amerikanische Pressestimmen:
„Wenn Sie wissen möchten, was es mit dem Blues auf sich hat, wie er klingen sollte und was er bedeuten kann, dann müssen Sie B. B. King hören."
(San Francisco Chronicle)
„B. B. King bringt die Gitarre zum Sprechen." (New York Post)
„Er ist nicht nur ein erstklassiger Bluessänger, er ist auch einer der besten Gitarristen seiner Zeit." (Boston Sunday Advertiser)
Ermäßigte Karten beim AStA der Universität

Freitag, 2. Februar 1968, 20 Uhr, Jahrhunderthalle Höchst
Norman Granz presents

An evening with ELLA FITZGERALD

Montag, 12. Februar 1968, 20 Uhr
Großer Saal des Volksbildungsheims am Eschenheimer Turm
Virtuose Trompetenkonzerte mit dem

Adolf Scherbaum Barock Ensemble

Veranstalter: Frankfurter Kunstgemeinde e. V.

Der Theaterring des Landestheaters Darmstadt

erwartet gern Ihren Besuch

Orangerie
20. 1. Eines langen Tages Reise in die Nacht / 26. 1. Peer Gynt / 27. 1. Cendrillon / 28. 1. Nathan der Weise / 3. 2. Eines langen Tages Reise in die Nacht / 10. 2. Zwei Krawatten / 13. 2. Eines langen Tages Reise in die Nacht

Theater im Schloß
21. 1. Kennen Sie die Milchstraße? / 25. 1. Die Zofen / unter Aufsicht / 27. 1. Drei Einakter von Gottfried Benn / 31. 1., 3. 2. Die Zofen / unter Aufsicht

Eintrittspreise nur für Studierende der Universität Frankfurt von DM 2,10 bis DM 3,–
Kartenvorverkauf nur zu den hier angekündigten Vorstellungen bei Zimmervermittlung, Frankfurt, Jügelstraße 7, Frau Zimm.

Kleines Theater im Zoo

Frankfurt/Main · Direktion: Fritz Rémond

Programm vom 18. 1. bis Mitte Februar

Das Himmelbett

Komödie von Jan de Hartog
mit Uta Sax und Hansjörg Felmy

Inszenierung: Klaus Wagner

Kassenstunden: täglich von 11 bis 14 und 17 bis 20 Uhr (Tel. 43 51 66)

Die Katakombe

Frankfurts Kellertheater
Schützenstraße 8 am Brückenkeller
Telefon 28 47 50

Täglich 20 Uhr (außer Montag)

ÜBER 50 MAL!

Tennessee Williams

Die Glasmenagerie

Montag, 29. Januar und Montag, 12. Februar

Hier ein Stuhl – da ein Stuhl – und wir immer dazwischen
Kästner / Brecht / Zuckmayer / Tucholsky
Musik: Hanns Eisler, G. N. Herchenröder

Ermäßigung für Studenten (außer Samstag)

Städtische Bühnen

OPER

Der wunderbare Mandarin
Mi. 17. Jan., Di. 23. Jan., Mo. 29. Jan.
Carmen
Do. 18. Jan.
Albert Herring
Fr. 19. Jan., Do. 25. Jan.
Madame Butterfly
Sa. 20. Jan.
Juliette Gréco-Gastspiel
Sa. 20. Jan.,
Der Freischütz
So. 21. Jan.
Der Vogelhändler
So. 21. Jan.
Aida
Mo. 22. Jan.
Die Hochzeit des Figaro
Mi. 24. Jan.
Herbert von Karajan und die Berliner Philharmoniker
Fr. 26. Jan.
Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny
Sa. 27. Jan.
Die Fledermaus
So. 28. Jan.
Tosca
So. 28. Jan.
La Traviata
Mi. 31. Jan.

SCHAUSPIEL

Iphigenie auf Tauris
Mi. 17. Jan., Di. 23. Jan., Sa. 27. Jan., Mo. 29. Jan.
Frau Warrens Gewerbe
Do. 18. Jan., Mi. 24. Jan.
Purpurstaub
Fr. 19. Jan., So. 21. Jan., Mo. 23. Jan., Do. 25. Jan., So. 28. Jan., Di. 30. Jan., Mi. 31. Jan.
Theater am Geländer, Prag
Der Prozeß
Sa. 20. Jan.
Was Ihr wollt
Fr. 26. Jan., So. 28. Jan.
Gastspiel Therese Giehse, Brecht-Programm
Sa. 27. Jan.

KAMMERSPIEL

Endstation Sehnsucht
Mi. 17. Jan., Sa. 20. Jan., Di. 23. Jan., Sa. 27. Jan., Mo. 29. Jan.
Der Hausmeister
Do. 18. Jan., Mi. 24. Jan., Fr. 26. Jan.
Furcht und Elend des Dritten Reiches
Fr. 19. Jan., So. 21. Jan., Mo. 22. Jan., Do. 25. Jan., Di. 30. Jan.
Tango
So. 28. Jan.
Nach der Flut
Mi. 31. Jan.

Frankfurter Resistenztheater

Kabarett Die Maininger
Leitung: Conrad Reinhold
6 Frankfurt/Main, Neue Rothofstraße 26 a
(Nähe Opernplatz, Parallel zur Goethestr.)
Telefon bis 17 Uhr: 8 24 34,
ab 17 Uhr: 28 02 27

Täglich (außer montags) 20.30 Uhr:

„Scherze in Moll"
eine musikalisch-politisch-satirische Kabarettrevue
von und mit Conrad Reinhold
Als Gäste: Willy Brandt, Heinrich Lübke, Walter Ulbricht und der „Bundestagsbrand mit Kaiser Cäsar S."

Studenten erhalten bis zu 50% Ermäßigung
Am 19. 1., 26. 1., 29. 1. und 30. 1. 1968, Gastspiele außerhalb

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

r Januar/Februar 1968

Amerika-Haus Frankfurt

Staufenstr. 1, Tel. 72 28 60

Veranstaltungen im Januar und Februar 1968

Dienstag, 16. Janurar 1968, 20 Uhr – mit Karten
Amerika Haus Film Work Shop
„Die Spur des Falken" (The Maltese Falcon)
mit Humphrey Bogart, Peter Lorre u. a.

Donnerstag, 18. Januar 1968, 20 Uhr – mit Karten
Kammerspielabend des Schauspielstudios Iserlohn
„Die Zoogeschichte" von Edward Albee

Freitag, 19. Januar 1968, 20 Uhr mit Karten
Vortrag **„Die dritte NATO"**
Sprecher: General Graf von Kielmannsegg

Dienstag, 23. Januar 1968, 20 Uhr – ohne Karten
Filmabend
„Die zukünftige Rolle der Universität"

Mittwoch, 24. Januar 1968, 20 Uhr – mit Karten
Filmvortrag in englischer Sprache
„The Problem of the American Cities"
Sprecher: Attaché Barrett McGurn, U.S. Embassy Rom

Freitag, 26. Januar 1968, 20 Uhr – mit Karten
Vortrag **„Die Deutschlandfrage aus Berliner Sicht"**
Sprecher: Senator Horst Korber, Berlin

Dienstag, 30. Januar 1968, 20 Uhr – ohne Karten
Filmabend in englischer Sprache
„The Sights and Sounds of San Francisco"

Donnerstag, 1. Februar 1968, 20 Uhr – mit Karten
Vortrag in englischer Sprache
„The Presidential Policy in 1968"
Sprecher: Prof. Abrahams Jeselson, University of Rudgers, USA

Freitag, 2. Februar 1968, 20 Uhr – mit Karten
Vortrag
„Energiepolitische Probleme heute und morgen"
Sprecher: MdB-CDU Peter-Wilhelm Brand

Montag, 5. Februar 1968, 20 Uhr – mit Karten
Konzert des Iowa Strings Quartet

Mittwoch, 7. Februar 1968, 20 Uhr – ohne Karten
Filmabend in englischer Sprache
„Louisiana Story"

Freitag, 9. Februar 1968, 20 Uhr – mit Karten
Vortrag
„Eugene O'Neill und die Wiedergeburt der Tragödie aus dem Unbewußten"
Sprecher: Prof. W. Haass, Hamburg

Dienstag, 13. Februar 1968, 20 Uhr – ohne Karten
Filmabend **„New Orleans To Swing"**

Kartenbestellung telefonisch (72 28 60), schriftlich oder persönlich im Amerika Haus, Staufenstraße 1. Die Karten liegen dann für Sie bereit und können jederzeit, auch am Abend der Veranstaltung, abgeholt werden.

Am Steinweg **Bambi** Telefon 28 77 07

studio für filmkunst

Ein herrlicher Spaß

Der wilde Westen

„Walt Disney hat in langen Jahren kaum etwas diesem Film gleichwertiges geschaffen."
Tagesspiegel, Berlin

Der Western ist so geistvoll parodiert, daß auch Erwachsene hellauf über die Einfälle lachen müssen! Ein Zeichentrickfilm in Farbe von Italiens Zeichengenie Bruno Bozzetto.

Freigegeben ab 6 Jahren · 13, 15.30, 18, 20.30 Uhr

atelier am ZOO

Mitglied der Gilde der Filmkunsttheater

Frankfurt, Pfingstweidstr. 2, Tel. 49 17 25

STUDENTEN MIT AUSWEIS ERHALTEN VERGÜNSTIGUNG (AUSSER SA. U. SO.)

Anfangszeiten: täglich 15, 17.15, 19.30, 21.45 Uhr
Ausnahmen wegen Überlänge s. u. am 19.–21. 1. und 31. 1., 2.–4. 2., 11.–13. 2.

Mittwoch, 17. 1.
DRAMA IM SPIEGEL
O. Welles, J. Greco, B. Dillmann
R.: R. Fleischer

Donnerstag, 18. 1.
CARMEN JONES
H. Belafonte, D. Dandridge, P. Bailey
R.: O. Preminger

Freitag, 19. 1. bis Sonntag, 21. 1.
15.00, 17.45, 20.30 Uhr
ALEXIS SOBRAS
A. Quinn, A. Bates, I. Papas, L. Kedrova
R.: M. Cacoyannis

Montag, 22. 1.
LILI
L. Caron, M. Ferrer, J. P. Aumont
R.: C. Walters

Dienstag, 23. 1.
EIN AFFE IM WINTER
J. Gabin, J. P. Belmondo; R.: H. Verneuil

Mittwoch, 24. 1.
DIE MILLIONÄRIN
S. Loren, P. Sellers, V. de Sica
R.: A. Asquith

Donnerstag, 25. 1.
KÖNIGIN CHRISTINE
G. Garbo, J. Gilbert, J. Keith, L. Stone
R.: R. Mamoulian

Freitag, 26. 1. bis Sonntag, 28. 1.
BELLE DE JOUR
C. Deneuve, J. Sorel, M. Piccoli
R.: L. Bunuel

Montag, 29. 1.
DR. MED. HIOB PRÄTORIUS
H. Rühmann, L. Pulver; R.: K. Hoffmann

Dienstag, 30. 1.
TAGEBUCH EINER KAMMERZOFE
J. Moreau, G. Geret, D. Ivernel; R.: L. Bunuel

Mittwoch, 31. 1. 15.00, 17.45, 20.30
FREUD
M. Clift, S. York; R.: J. Huston

Donnerstag, 1. 2.
DER KRIEG DER KNÖPFE
P. Gibus, G. Gibus u. 100 freche Jungen

Freitag, 2. 2. bis Sonntag, 4. 2.
15.00, 17.45, 20.30 Uhr
DIE NONNE
A. Karina, M. Presle, L. Pulver
R.: J. Rivette

Montag, 5. 2.
CAT BALLOU
J. Fonda, L. Marvin, N. K. Cole
R.: E. Silverstein

Dienstag, 6. 2.
WENN KATELBACH KOMMT
F. Dorleac, D. Pleasance, L. Stander
R.: R. Polanski

Mittwoch 7. 2
MOLLYMAUK, DER WUNDERKNABE
R. Mc Dowell, T. Weld, L. Albright
R.: G. Axelrod

Donnerstag, 8. 2.
LIMONADEN JOE
K. Fiale, O. Schoberova, K. Fialowa
R.: O. Lipsky

Freitag, 9. 2.
UND IMMER LOCKT DAS WEIB
B. Bardot, C. Jürgens, F. L. Trintignant
R.: R. Vadim

Samstag, 10. 2.
MAZURKA
P. Negri, A. Schoenhals, P. Hartmann, I. Theck; R.: W. Forst

Sonntag, 11. 2. 14.00, 17.30, 21.00 Uhr
DIE BRÜCKE AM KWAI
A. Guinness, W. Holden, J. Hawkins
R.: D. Lean

Montag, 12. 2. 15.00, 17.45, 20.30 Uhr
MUTTER COURAGE UND IHRE KINDER
H. Weigel, A. Hurwicz, E. Schall, H. Schubert; R.: P. Palitzsch

Dienstag, 13. 2. 15.00, 17.45, 20.30 Uhr
GESTERN HEUTE MORGEN
S. Loren, M. Mastroianni; R.: V. de Sica

Mittwoch, 14. 2.
LACHKABINETT
O. E. Hasse, J. Eichheim

Donnerstag, 15. 2. 15.00, 17.45, 20.30
JEAN PAUL MARAT
I. Richardson, P. Magge; R.: P. Brook

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Für Menschen mit eigener Meinung

Vorzugspreis für Studierende

monatlich DM 3,15 als Abholabonnement
monatlich DM 3,40 bei Postzustellung
monatlich DM 3,80 durch Träger

Abholstellen: Bücher und Kollegbedarf Carl Siol, Frankfurt, Jordanstr. 11 und Merkur-Zeitschriftenkiosk an der Bockenheimer Warte

Dort sowie im Geschäftszimmer des AStA der Universität Frankfurt erhalten Sie auch Gutscheine für eine 6-Tage-Probelieferung

Frankfurter Rundschau, 6 Frankfurt/Main 1, Postfach 3685

AKADEMISCHE BUCHHANDLUNG WÖTZEL

MEDIZIN · Zahnmedizin · Psychologie · NATURWISSENSCHAFTEN

6 Frankfurt/Main-Süd, Paul-Ehrlich-Straße 24 / Ecke Vogelweidstraße
Telefon 68 24 30 und 61 26 57

Tatsächlich alles, was der Mediziner braucht und wünscht, findet er bei uns in Sekundenschnelle!

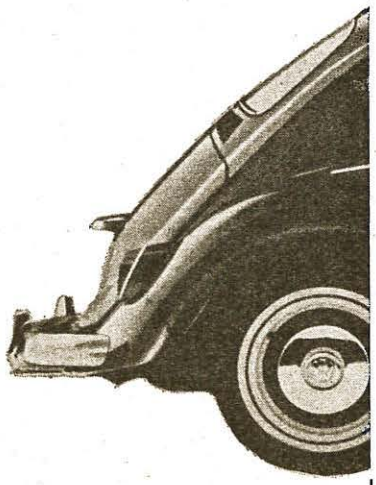
Großes Antiquariatslager moderner Auflagen, deren Eignung wir überprüften.

stets: informiert · schnell · sorgfältig · leistungsfähig

Führend in MEDIZIN ... von einem MEDIZINER geführt

FAHRSCHULE ROTHSCHUH FAHRSCHULE ROTHSCHUH FAHRSCHULE ROTHSC

Preiswert bedeutet gute Leistung für wenig Geld! -



Eben das bietet

FAHRSCHULE ROTHSCHUH

Mendelssohnstr. 45, Tel. 77 91 85

Anmeldung täglich 12 – 14.30 Uhr
Theoretischer Unterr. Di. u. Fr. 19.15

FAHRSCHULE ROTHSCHUH FAHRSCHULE ROTHSCHUH FAHRSCHULE ROTHSC

Aus dem Protokoll der 5. ordentlichen Sitzung des Studentenparlaments der J. W. Goethe-Universität vom 12. Januar 1968

Antrag 5/1

Das Parlament möge beschließen: Das Angebot des Rektors zu einer Diskussion am 16. 1. ist in dieser Form für das Studentenparlament nicht annehmbar.

Das AStA wird beauftragt, dem Rektor einen Gegenvorschlag für die Form einer Diskussionsveranstaltung über die aktuellen Hochschulprobleme und die Satzungsfragen vorzulegen, der auf den Vorstellungen fußt, die in der 4. ordentlichen Parlamentssitzung verabschiedet wurden:

1. Teilnahme des Mittelbaus.
2. Garantie einer aktiven Öffentlichkeit.
3. Ausfall der Lehrveranstaltungen während dieser Diskussionsveranstaltung.

Dies bedeutet, daß die Diskussion nicht zeitlich auf 2½ Stunden beschränkt wird und eine möglichst große studentische Öffentlichkeit ohne Kartenzwang aktiv teilnehmen kann.

Zur endgültigen Formulierung des Gegenvorschlags soll der Hochschulausschuß zugezogen werden.

gez. Hartmann (LSD), Schiller (LSD), Daub (AFS), Wolf (AFS), Thümmel (SDS), Riechmann (phil), Grunenberg (SDS), Francke (med), Meyer (LdM), Klein (SHB).

Abstimmung: 18 ja, 4 nein, 1 enth.

Antrag 5/2

Das Parlament möge beschließen, für das satzungsgebende Konzil wird als Minimalforderung 33⅓ % gefordert. Die Festlegung aller weiteren Beteiligungsquoten muß einer öffentlichen Diskussion im Zusammenhang mit der Vorlage eines Satzungsentwurfes der Studenten vorbehalten bleiben.

gez. Grunenberg (SDS), Riechmann (phil), Francke (med), Daub (AFS), Thümmel (SDS), Wolf (AFS), Schiller (LSD), Klein (SHB).

Abstimmung: 11 ja, 12 nein

Antrag 5/3

Das Parlament möge beschließen: Die vor Sammlungsergebnis der Witwe Ohnesorg noch nicht überwiesenen Beträge bis zur Gesamtsumme von 4266,– DM sind sofort zu überweisen.

gez. von Freyberg (RCDS),
Wiesberger (RCDS)

Nicht abgestimmt, da ähnlich wie mündlich formulierter Antrag Birkholz.

Antrag 5/4

Das Parlament möge beschließen: Das Parlament verurteilt die Art und Weise, in der Rektor und Senat die öffentliche Diskussion präjudizieren. Es hält die Fragestunde für nicht geeignet, die inhaltliche Diskussion über Hochschulprobleme weiterzubringen.

Das Parlament fordert weiter alle Studenten auf, zu der Fragestunde hinzugehen und dort eine demokratische Öffentlichkeit herzustellen, dergestalt, daß alle spontan sich ergebenden Fragen von den Ordinarien beantwortet werden müssen.

gez. Riechmann (phil), Thümmel (SDS), Daub (AFS), Schiller (LSD), Düx (SDS), Hartmann (LSD).

Abstimmung: 13 ja, 10 nein

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

284

Lateinamerikanische Studenten und Akademiker verlangen Berichtigung unwahrer Behauptungen des Rektors Ruegg

In einer Diskussion über Hochschulreform und studentische Mitbestimmung, die vom Hessischen Rundfunk am 17. 12. 1967 übertragen wurde, machte der Rektor der J. W. Goethe-Universität, Frankfurt, Prof. Ruegg folgende Äußerung:

„Es ist darauf hinzuweisen, daß es auf der ganzen Welt nur einen südamerikanischen Staat gegeben hat, in dem die Studenten mit etwas über 30 % vertreten waren. Das war aber eine Diktatur, und es gibt auch jetzt noch einen kleinen südamerikanischen Staat, in dem die Studenten so stark beteiligt sind. Sonst, und insbesondere in den demokratischen Ländern spricht kein Student und spricht niemand davon, daß Studenten ... in einem bestimmten Proporz beteiligt sein sollten ..."

Keine der in diesen Sätzen enthaltenen Behauptungen hat auch nur das Geringste mit der Wirklichkeit zu tun. Wir werden das im Einzelnen zeigen.

Auch wenn die Äußerungen des Rektors vor allem darauf zielten, die Forderungen der Frankfurter Studenten zu diskreditieren, klingt in ihnen unüberhörbar auch anderes mit: der Versuch die studentische Mitbestimmung, die an vielen lateinamerikanischen Universitäten praktiziert wurde oder wird, nicht nur als ausgefallene Rarität, als Exotikum hinterwäldlerischer Entwicklungsländer hinzustellen, sondern sie überdies mit der Unterstellung zu verunglimpfen, sie seit mit der Diktatur verschwistert.

Die „Argumente" des Rektors der Frankfurter Universität ähneln dem vor kurzem in einem Springer-Organ („Die Welt") veröffentlichten Kommentar, der beschwörend von der Gefahr einer „Lateinamerikanisierung der deutschen Hochschulen" spricht und der „hochentwickelten" akademischen Welt Deutschlands den Gestus des Naserümpfens vorexerziert.

Wir, lateinamerikanische Studenten und Akademiker in Frankfurt, können nicht umhin sowohl zu belegen, daß die Äußerungen des Rektors inhaltlich falsch sind als auch die in ihnen zu Tage tretenden konkrete Intention entschieden zurückzuweisen und ihre Verfehltheit deutlich zu machen.

Was die konkreten Aussagen betrifft: Prof. Ruegg behauptet, daß es „auf der ganzen Welt nur einen südamerikanischen Staat gegeben hat, in dem die Studenten mit etwas über 30 % vertreten waren. Das war aber eine Diktatur ...". Dagegen die Tatsachen: Im Jahre 1918 (!) erkämpften die Studenten Argentiniens eine Verfassung der Universität, die zum 1. Mal in allen Entscheidungsgremien eine studentische Mitbestimmung von 33 % garantierte. Um eine solche Universitätsverfassung wurde in den darauffolgenden Jahren und Jahrzehnten in ganz Lateinamerika gekämpft. In dieser Zeit wurde an den Universitäten von mindestens 5 Ländern (Argentinien, Mexiko, Peru, Uruguay, Bolivien) für längere Perioden eine studentische Mitbestimmung von mehr als 30 % (in Mexiko sogar 50 %) erreicht und erfolgreich angewendet.

Unterbunden wurde diese Entwicklung nur von Militärputschen oder ähnlich „demokratischen" Eingriffen von Seiten der Machtgruppen, die eine radikale Demokratisierung weder der Universität noch der Gesellschaft zulassen konnten. In keinem Fall gab es studentische Mitbestimmung, gab es „Reforma Universitaria" in Lateinamerika während der Perioden der Diktatur. Die Bewegung entstand in Argentinien im Jahre 1918, als zum 1. Mal die Regierung des Landes aus allgemeinen und geheimen Wahlen hervorging. Seitdem wurde die Demokratisierung der Hochschulen von der lateinamerikanischen Studentenschaft immer auch als Mittel zur Demokratisierung der Gesellschaft verstanden und praktiziert.

Dieser inhaltliche Aspekt der studentischen Mitbestimmung und seine Inkompatibilität mit autoritären Gesellschaftsformen sollte selbst demjenigen einsichtig sein, der sich nicht als Fach-Soziologe betrachtet. Das mag eine Tatsache illustrieren, die zugleich die zweite Behauptung des Rektors, es gebe jetzt nur noch „einen kleinen südamerikanischen Staat" mit starker studentischen Mitbestimmung, widerlegt: erhalten ist die studentische Mitbestimmung der „Reforma" noch in all den Ländern, wo die herrschenden Klassen die bestehenden sozialen Spannungen noch auf demokratischem Wege zu lösen versuchen. (Chile, Peru, Uruguay, Mexico.) — Die faschistischen Militärdiktaturen dagegen beseitigten auch in der jüngsten Vergangenheit nach jedem Putsch gewaltsam die studentische Mitbestimmung, und richteten sich gegen die Universitäten der „Reforma", die ihnen als „Brutstätten des autoritätsaushöhlenden Verhaltens" galten. Die Ereignisse haben in Lateinamerika unzweifelhaft bewiesen, daß die Feinde der Demokratisierung der Universität auch die Feinde der Demokratisierung der Gesellschaft sind.

Die konkreten Bedingungen anderseits, unter denen sich in Lateinamerika die Forderungen nach studentischer Mitbestimmung durchgesetzt wurden, waren keineswegs exotisch und ausgefallen. Die Forderungen entstanden inmitten einer Generation von Studenten, die sich, im Gegensatz zu ihren Vorgängern, nicht mehr als Teil einer gesellschaftlichen Elite empfand und sich dadurch vor neuen Aufgaben und Verantwortungen gestellt sah. Sie entstanden, als diese Studentengeneration einsah, daß die im Hinblick auf die Demokratisierung und Modernisierung der Universität notwendige Reformen nicht möglich waren innerhalb jener traditionellen Struktur der Hochschule (Monopolisierung der Entscheidungsgewalt durch die Professoren), die ständig und konsequent als Waffe gegen jede zeitgemäße Erneuerung der Universität angewandt worden ist.

Die Demokratisierung der Universität durch die studentische Mitbestimmung diente daher gleichzeitig ihrer Modernisierung, und die Perioden, in denen die studentische Mitbestimmung an den lateinamerikanischen Universitäten effektiv wurde, waren im allgemeinen auch deren dynamischste und fortschrittlichste Perioden.

Es möge Prof. Ruegg als Soziologe, es mögen unsere deutschen Kommilitonen für sich entscheiden, ob diese Entstehungsumstände der studentischen Mitbestimmung in Lateinamerika so partikulär und absonderlich waren, oder ob hier nur frühzeitig die in dem harten, für Verschleierungen ungünstigen Sozialklima eines „Entwicklungskontinents" die schweren institutionellen Mängeln einer autoritären Professorenuniversität zum Ausdruck kamen. Für uns jedenfalls, die einmal die Luft einer solchen von starker studentischer Mitbestimmung geprägten demokratischeren Universität geatmet haben, steht ihre Notwendigkeit so wenig in Frage wie die des allgemeinen geheimen Wahlrechts für die Bürger einer modernen Demokratie, ein Recht, das ihnen ehedem auch mit den Argumenten der „Unreife" und des „fehlenden Sachverstandes" vorenthalten wurde. Die Worte des Manifests der argentinischen Studenten vom Jahre 1918, ausgesprochen während des langen Kampfes, der durch Streik und Besetzung der Universität siegreich wurde, sind noch immer die unsrigen: „Wir behaupten, daß das akademische „Demos" die Studentenschaft ist, daß die Souverenität, das Recht zur eigenen Gesetzgebung vor allem ihr gehört ... Darum wollen wir das archaische und primitive Autoritätsprinzip, das in der Hochschule nur dazu dient, die verlogene Würde und die Inkompetenz zu schützen, samt seinen Wurzeln aus dem Organismus der Universität ausreißen."

Aber unabhängig davon, wie Prof. Ruegg die obige Frage für sich entscheidet, verlangen wir von ihm als Wissenschaftler, daß er seine zweifellos falschen, vor breiter Öffentlichkeit gemachten Behauptungen berichtigt und die Quelle angibt, aus der diese Fehlinformationen stammen. Wir stellen ihm die Unterlagen, die unsere Berichtigung belegen, gerne zur Verfügung.

Dipl.-Phil. B. Abba (Argentinien)
S. Bronner (Kolumbien)
R. Camacho (Kuba)
S. Klaczko (Uruguay)
C. Rodriguez (Peru)
Dipl.-Ing. C. Rosenthal (Argentinien)
Dipl.-Ing. J. Schütt-Mogro (Bolivien)
Lic. Phil. Z. Szankay (Argentinien)

(Die Antwort des Rektors, Prof. Ruegg, bitten wir an die Adresse: „Lateinamerikanische Kulturvereinigung", 6 Frankfurt, Postfach 2884)

In die Fresse hauen

Dieses und ähnliches müssen Werkstudenten hören über ihre Kommilitonen. Man sagt es ihnen selber noch nicht ins Gesicht, wenn man weiß, daß sie Studenten sind. Die Aktionen in der Kaiser-Wilhelm-Kirche in Berlin veranlaßten Arbeiter und kleinere Angestellte in Frankfurter Betrieben, sich bei ihren Betriebsleitungen gegen eine weitere Beschäftigung von Studenten zu verwenden. Natürlich entlassen diese Betriebe dann nicht. Nein, so klug sind sie schon. (Und die FAZ freut sich, die Dementis der Firmen zu verkünden und der Vertretung der Studentenschaft mal wieder eins auszuwischen; FAZ, 11. 1.) Man verkürzt einfach die Arbeitszeiten so stark, daß die Studenten von selbst gehen. Es ist auch verständlich, daß Betriebsleitungen Studenten trotz guter Arbeitsleistungen nicht übermäßig schätzen, wenn sie so viel von Mitbestimmung, nicht nur in der Universität, sondern auch außerhalb, hören (Programme stud. Gruppen). Das kann für Studenten, die ihr Studium selbst finanzieren müssen, „wichtig" werden. Die Ereignisse erlauben auch eine taktische Kritik an der Dutschke-Aktion Weihnachten. v. f.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Material zur Satzungsdiskussion

Uni-Satzungsentwurf des Senats	Ein studentischer Gegenvorschlag
Abschnitt IX Die Studenten § 69 (Beginn und Ende des akademischen Bürgerrechts) (1) Das akademische Bürgerrecht der Studenten beginnt mit der Immatrikulation. Jeder Student muß bei einer Fakultät (Abteilung), er darf nur ausnahmsweise gleichzeitig in mehreren Fakultäten eingeschrieben sein. (Zu (2) sind drei Alternativen betreffend Exmatrikulation, darunter zwangsweise Exmatrikulation, Ausschluß vom Studium im Disziplinarverfahren, rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder überhaupt Regelung durch eine „im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften vom Senat zu erlassenden Ordnung")	Die Studenten § ... Die Zugehörigkeit zur Studentenschaft beginnt mit der Immatrikulation und endet mit der freiwilligen Exmatrikulation oder durch Entfernung von der Universität. (Erläuterung: „Das akademische Bürgerrecht" dient zur Rechtfertigung besonderer Disziplinierungsmaßnahmen der Angehörigen einer einzigen Gliedkörperschaft der Universität, der Studenten. Vgl. § 73 des Senatsentwurfs: „Die Ordnung des akademischen Lebens zu wahren" wird allein ausdrücklich den Studenten zur Pflicht gemacht. Die Studenten wünschen keinen Staat im Staat mit besonderen Standesrechten und Pflichten einer elitären Gruppe, „die ethische Totalbindung des Studenten". Konsequenz: Abschaffung des Disziplinarrechts. Ein so wichtiges Instrument zur „Regelung" von Studentenzahlen wie die Exmatrikulation kann nicht dem Senat überlassen werden. § ... Die einzige wissenschaftliche Zugangsbedingung zur Universität ist Abitur oder eine entsprechende Qualifikation.
§ 71 (Ausschluß vom Studium wegen ungenügender Leistungen)	(fällt weg: Solange keine planmäßige obligatorische Studieneinführung und keine Studienreform bestehen, noch nicht einmal satzungsmäßig feststehen, dient der Paragraph als falsche Maßnahme gegen die Überfüllung der Universität und als Zwang zum reinen Spezialisten.)
§ 73 (Pflichten und Disziplinarrecht) (1) Die Studenten haben die durch ihre Zugehörigkeit zur akademischen Gemeinschaft begründeten Pflichten zu erfüllen und die Ordnung des akademischen Lebens zu wahren.	(fällt weg: Gummiparagraph. Staatliche Gesetze sind ausreichend. Vgl. Erläuterungen zu § 69). Zu erinnern ist, daß „die Ordnung des Akademischen Lebens" dazu dient, in Wohnheimen zu reglementieren, keine Wohnungen für Studentenehepaare zu fördern usf.)
§ 75 (Vorlesungen) (1) Vorlesungen, Übungen, Seminare oder sonstige Lehrveranstaltungen sind entweder öffentlich oder privat. Die öffentlichen Lehrveranstaltungen kann jeder Student belegen, soweit keine Zulassungsbeschränkungen bestehen. Zur Teilnahme an den privaten Lehrveranstaltungen bedarf es stets der Zulassung durch den Universitätslehrer.	§ ... Die Lehrenden sind verpflichtet, sich über den fortgeschrittensten Stand der Hochschuldidaktik zu informieren und in Zusammenarbeit mit den Lernenden und ihren Vertretern die Form der Lehre einer ständigen Prüfung und Verbesserung zu unterziehen. Dazu gehört: Intensive obligatorische Studieneinführung (alternative Studiengangvorschläge, Aufklärung über Prüfungsanforderungen, auch schon vor der Immatrikulation), Förderung der Arbeit in kleinen Gruppen (Fortfall von Vorlesungen, soweit sie nicht dazu dienen, einzuführen, zu demonstrieren, den neusten Stand der Fachforschung zu referieren). Vortrag und Diskussion der Unterrichts- und Forschungsvorhaben des kommenden Semesters (der kommenden Semester) in einer Vollversammlung der Lehrenden und Lernenden eines Fachbereiches. Förderung von Rezensionen. Förderung studentischer Lehr- und Forschungsvorhaben über Gegenstände, die die augenblicklich Lehrenden nicht berücksichtigen. Verwendung moderner Unterrichts- und Informationsmittel. (Erläuterung: Alles, was der Senat über Studienreform zu sagen weiß, besteht in einer Unterscheidung von privaten und öffentlichen Vorlesungen, also gar nichts. Dabei wäre die Forderung der „universitas semper reformanda" gerade im Bereich der Lehre unbedingt zu institutionalisieren)
§ 78 (Anordnung des Ausfalls von Lehrveranstaltungen)	(Zusatz:) Der Ausfall von Lehrveranstaltungen für mehr als einzelne Stunden kann nicht gegen einen dazu vorliegenden Beschluß des Studentenparlaments erfolgen. v. f.

Programm des Filmstudios

Montag, 15. 1.
DIE WOLFSFALLE
Regie: Jiri Weiss
Darsteller: Jana Brejchova, Jirina Sejbalova

Mittwoch, 17. 1.
VIVA MARIA
Regie: Louis Malle
Darsteller: Brigitte Bardot, Jeanne Moreau

Montag, 22. 1.
ONIBABA, DIE TÖTERINNEN
Regie: Kaneto Shindo
Darsteller: Kei Sato, Jitsuko Yoshimura

Mittwoch, 24. 1.
DIE UNSCHULDIGEN ZAUBERER
Regie: Andrzej Wajda
Darsteller: Zbigniew Cybulski, Wanda Koczeska

Montag bis Freitag
MARILYN MONROE WOCHE
(siehe S. 2)

Montag, 29. 1., 14.00 und 18.30 Uhr
ASPHALTDSCHUNGEL
Regie: John Huston

Montag, 29. 1., 16.15 und 20.45 Uhr
DIE WELT DER MARILYN MONROE
Einführungsveranstaltung zu reduzierten Preisen

Dienstag, 30. 1., 14.00 und 18.30 Uhr
MACHEN WIR'S IN LIEBE
Regie: George Cukor

Dienstag, 30. 1., 16.15 und 20.45 Uhr
NIAGARA
Regie: Henry Hathaway

Mittwoch, 31. 1.,
14.00, 16.15, 18.30, 20.45 Uhr
MANCHE MÖGENS HEISS
Regie: Billy Wilder

Donnerstag, 1. 2., 14.00 und 18.30 Uhr
DAS VERFLIXTE 7. JAHR
Regie: Billy Wilder

Donnerstag, 1. 2., 16.15 und 20.45 Uhr
MISFITS-NICHT GESELLSCHAFTSFÄHIG
Regie: John Huston

Freitag, 2. 2., 14.00 und 20.45 Uhr
WIE ANGELT MAN SICH EINEN MILLIONÄR
Regie: Billy Wilder

Freitag, 2. 2., 16.15 Uhr
ALLES ÜBER EVA
Regie: Joseph L. Mankiewicz

Freitag, 2. 2., 18.30 Uhr
FLUSS OHNE WIEDERKEHR
Regie: Otto Preminger

Montag, 5. 2.
MORD IM FAHRPREIS INBEGRIFFEN
Regie: Costa-Cavras
Darsteller: Yves Montant, Simone Signoret

Mittwoch, 7. 2.
DER ROSAROTE PANTHER
Regie: Blake Edwards
Darsteller: Peter Sellers, Claudia Cardinale, David Niven, Capucine

Montag, 12. 2.
KILLING
Regie: Stanley Kubrick
Darsteller: Sterley Hayden

Mittwoch, 14. 2.
ABENTEUER IN RIO
Regie: Philippe de Broca
Darsteller: Jean-Paul Belmondo, Françoise Dorleac, Jean Servais

Die Veranstaltungen finden im Festsaal des Studentenhauses statt, montags 18.30 und 20.45, mittwochs 14.00, 16.15, 18.30 und 20.45 Uhr.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Aufruf

Als der Nationalsozialismus Deutschland und Europa unterdrückte, leisteten viele Deutsche Widerstand. Sie haben die Barbarei erlitten und bekämpft. Sie schonten ihre Kräfte nicht; denn es galt, für Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit, für ein kommendes demokratisches Deutschland einzutreten.

Wir, die Unterzeichnenden, beobachten voll Sorge, wohin unser Land treibt. Geduldet von der Regierung entsteht eine gefährliche Neonazismus-Bewegung. Mit jedem Tag wächst die Gefahr. In 6 Landtagen, in zahlreichen Kreis- und Stadtparlamenten ist die NPD vertreten. Bisher erreichten die Nachfahren der NSDAP 1,6 Mio. Stimmen.

Der Neonazismus konnte Boden gewinnen, weil es nach der Katastrophe von 1945 keinen echten Neubeginn gab.

Der Neonazismus profitiert vom Nein zu den europäischen Grenzen, von den Versuchen, das gesamte öffentliche Leben mit Hilfe von Notstandsgesetzen zu militarisieren und von den antisozialen Tendenzen der gegenwärtigen Regierungspolitik.

Die Vergangenheit darf sich nicht wiederholen! Es tut not, die Erfahrungen aus den Jahren vor 1933 zu beachten und eine mächtige demokratische Front gegen alle antidemokratischen Strömungen zu schaffen.

Vor nunmehr 35 Jahren wurde die Weimarer Republik vernichtet, nicht zuletzt mit finanzieller Hilfe der Großindustrie und unter Anwendung der damaligen Notstandsgesetze. Antikommunismus und politische Kurzsichtigkeit hatten die rechtzeitige Einigung aller demokratischen, antifaschistischen Kräfte verhindert. Mit nationalistischen Phrasen, durch Antisemitismus und Rassenhetze wurden die Menschen getäuscht und zum Kampf gegen die Interessen Deutschlands mißbraucht.

Der Widerstand gegen den Faschismus war hart und opferreich. Die Männer und Frauen der verschiedenen Widerstandsgruppen, vor allem aus der Arbeiterbewegung, bleiben unvergessen. Ihr Kampf gegen menschliche Erniedrigung, gegen Unterdrückung und Krieg, repräsentiert eine humanistische und fortschrittliche Tradition, zu der Deutsche Wesentliches beigetragen haben.

Heute, angesichts der erneuten Drohung faschistischer Barbarei, dürfen uns unterschiedliche politische Standpunkte nicht daran hindern, gemeinsam für Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und eine friedliche Zukunft einzutreten. Nur durch gemeinsames Handeln kann neues Unheil abgewendet werden.

Arbeiten und kämpfen wir gegen Restauration und Faschismus; verbinden wir unsere Anstrengungen mit dem Kampf der Gewerkschaften und der fortschrittlichen Wissenschaftler und Studenten für die Erhaltung der Demokratie gegen die Notstandspläne. Gemeinsam sind wir die Stärkeren.

In diesem Sinne rufen die unterzeichnenden Persönlichkeiten und Organisationen auf, am 7. Februar 1968 an einer Kundgebung im Zoo-Gesellschaftshaus teilzunehmen.

AStA SHB LSD

Universitätsbuchhandlung

Blazek & Bergmann

Dr. H. Bergmann

Frankfurt am Main

Goethestraße 1 (Ecke Goetheplatz)

Telefon 28 36 33, 28 52 64

Gegründet 1891

Die Fachbuchhandlung
für den Studenten und Wissenschaftler
im Zentrum der Stadt

Öffentliche Ratssitzung in der AfE

Zum erstenmal seit Bestehen der AfE wird dort am 23. Januar 1968 um 16 Uhr eine Ratssitzung öffentlich stattfinden. Bei der Planung dieser Sitzung ist der Vorsitzende des Rates, Herr Prof. Dr. Freyh, den Wünschen der Studentenvertreter weitgehend entgegengekommen.

Auf der Tagesordnung werden die Probleme stehen, die zur Zeit die Studentenschaft am meisten bewegen:

Die Beteiligung der Studenten an den akademischen Gremien, die Stellung der AfE innerhalb der Universität, der umstrittene Negativkatalog im Hessischen Hochschulgesetz und eine Debatte über die beste Form der zukünftigen Leitung der Universität (Rektor, Rektorenkollegium oder Präsident).

Trotz großer Bedenken einiger Professoren wird die Öffentlichkeit dieser Sitzung nicht nur darin bestehen, daß jeder interessierte Student zuhören kann, vielmehr sollen sich alle Anwesenden zu Wort melden und in die Diskussion eingreifen können. Damit ist ein Teil der Forderungen der studentischen Vertreter zwar erfüllt, aber ganz befriedigend ist dieses Ergebnis natürlich noch nicht, denn es handelt sich doch nur um ein Experiment, über dessen Fortsetzung die Professoren allein entscheiden werden.

Man betrachtet diese Ratssitzung als Test, um einmal festzusteleln, ob es überhaupt möglich ist, mit einer großen Zahl Studenten rational zu diskutieren. Viele der Professoren sind nämlich der Meinung, daß auf einer Ratssitzung, die in einem derart großen Rahmen stattfindet, keine Beschlüsse mehr gefaßt werden können, sondern daß sich dann die gesamte Aktivität in endlosen zu nichts führenden Debatten erschöpfen wird.

Dieses Argument bekommt man immer wieder zu hören, vor allem auch dann, wenn von Seiten der Studenten die paritätische Besetzung aller akademischer Gremien gefordert wird. Deshalb wird es unser Ziel sein, durch sachliche Diskussion den Vertretern dieser These den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Auf jeden Fall ist mit diesem Experiment ein kleiner Schritt vorwärts getan, und es bleibt zu hoffen, daß es nicht bei diesem einen Schritt bleibt und daß die Professoren die berechtigten Forderungen der Studentenvertreter nach paritätischer Besetzung des Rates und Öffentlichkeit aller Ratssitzungen bald erfüllen werden.

Hedelore Astheimer

AStA sucht Politreferenten

Aufgaben:

Organisation von Podiumsdiskussionen.

Kontakte in anderen Hochschulen, Parteien, Gewerkschaften, Aktionsausschüssen, Gastarbeiterzentren, evtl. Botschaften.

Vergütung bis 200,– DM monatlich.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de

Wichtige Mitteilung der Krankenversorgung (DSKV)

Jeder in Frankfurt/Main immatrikulierte Student kann die DSKV in Anspruch nehmen. Das gleiche gilt auch für beurlaubte Studenten, auch dann, wenn sie sich nicht am Hochschulort aufhalten.

Auf Antrag können Leistungen von der DSKV erhalten:

a) Examenskandidaten,
wenn der Nachweis erbracht wird, daß sie sich auf ein Examen vorbereiten bzw. im Examen stehen;

b) Doktoranden,
soweit sie keine berufliche Tätigkeit ausüben und eine Bescheinigung der Fakultät oder des Doktorvaters vorlegen;

c) Ehegatten,
wenn der Ehegatte über kein Arbeitseinkommen verfügt – Wegfall der Familienhilfe;

d) Kinder,
wenn beide Eltern an der Hochschule studieren oder der nicht studierende Elternteil ebenfalls Leistungsanspruch aus der DSKV hat.

Zu Ziff. a) – d):

Zu Beginn eines jeden Semesters ist der Antrag erneut zu stellen (spätestens bis zum 30. April bzw. 31. Oktober). Unterbleibt ein solcher Antrag, erlischt die Versicherung mit dem Ablauf des obigen Semesters. Anträge für spätere Semester sind dann ausgeschlossen.

Anträge für Ehegatten und Kinder sind innerhalb eines Monats nach Eheschließung bzw. Geburt zu stellen.

Mit weiteren Anfragen wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle der DSKV, Jügelstr. 9, II. Stock, Mo. – Fr. 9.00 bis 12.00 Uhr, Tel.: 7 70 64/3380.

Fahrschule E. u. E. Hanslik

Zivil-Ing.

Grundgebühr 50,– DM, Fahrstunde 12,– DM

6 Frankfurt/Main
Reuterweg 66
Telefon 72 59 83

6451 Dörnigheim/Main
Hermann-Löns-Straße 7
Telefon Hanau 98-4 30 95

adam griff etwas voreilig zu, als eva ihm obst anbot – das hatte weitreichende folgen.

bei mir können sie vorbehaltlos zugreifen, sie tun nämlich etwas für ihre gesundheit.

vitamine für ihr studium

obsthalle schmidt

obst – gemüse – lebensmittel – getränke
vor dem haupteingang der uni – jügelstraße

NACHRICHTEN

Studentenkindergarten

Nach langen Verhandlungen hat uns die Universität einen Raum für unseren Studentenkindergarten bzw. -krippe zur Verfügung gestellt. Es handelt sich dabei um den vorderen Raum des ehemaligen Heidelberger mit dem dazugehörigen Vorgarten. Um dieses Projekt jetzt so schnell wie möglich zu realisieren, ist es unter anderem erforderlich, eine Interessengemeinschaft „Universitätskindergarten" e. V. zu gründen. Es sollen Kinder im Alter von 9 Monaten bis zu 4 Jahren aufgenommen werden. Eine Aufnahme der Kinder in diesen Kindergarten bzw. -krippe kann nur erfolgen, wenn die Eltern dieser Interessengemeinschaft angehören.

Wir bitten daher, daß sich die Interessenten so bald wie möglich im Sozialreferat (Mo. 13–14 Uhr) melden. Wir werden zusätzlich noch jedes Studentenehepaar diesbezüglich anschreiben. Wir weisen ausdrücklich daraufhin, daß auch unverheiratete Studenten-innen einen Antrag stellen können. Die Gründung dieser Interessengemeinschaft ist sowohl aus finanziellen als auch aus organisatorischen Gründen erforderlich.

Opel (Sozialreferent)

Frantz Fanon – Ideologie der Dritten Welt

Diskussionsabend unter der Leitung von Dipl.-Sozialwissenschaftler Kay F. Schade

Donnerstag, 1. Februar, 20 Uhr im Internationalen Club (Jügelstraße)

Veranstalter: Internationaler Arbeitskreis (Studienkreis „Kontinente und Kontakte")

„Pflichtlektüre" vor der Veranstaltung: Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde

Gründung einer Philosophen-Fachschaft

Bitte den Aushang im Philosophischen Seminar (Uni-Hauptgebäude) beachten

Lücke bedingt für Demonstrationen

(Frankfurter Rundschau 28. 12. 1967)

Bundesinnenminister Lücke hat auch gewaltsame Protestaktionen außerparlamentarischer Oppositionsgruppen für zulässig erklärt, solange sie im „Rahmen des Widerstandsrechtes" blieben. In der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Pardon" sagte Lücke ferner, er werde sich sogar „an mit Gewalt verbundenen Demonstrationen" beteiligen, allerdings nur, wenn es gelte, für den Bestand der Grundlagen der Demokratie einzutreten.

Ausstellung tschechischer Filmplakate

In der Zeit vom 26. 1. bis Mittwoch, 14. 2. findet in der Studiogalerie des Studentenhauses eine Verkaufsausstellung tschechischer Filmplakate statt, die vom Verlag Filmkritik in Zusammenarbeit mit dem Filmstudio und der Buchhandlung Montanus veranstaltet wird. Die Ausstellung ist täglich geöffnet, Plakate können während der üblichen Geschäftszeiten erworben werden.

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn www.frankfurt-uni68.de